Beschlussvorlage

Bereich | Amt
Amt für Familie, Jugend und
Senioren

Vorlagen-Nr.
50/14/2020

Anlagedatum
06.02.2020

Verfasser/in
Zimmermann, Armin

Aktenzeichen
53 56 02

Beratungsfolge

Gremium	Sitzungstermin	Öffentlichkeit	Zuständigkeit
Sozialausschuss	17.02.2020	Ö	Beschlussfassung

N = nichtöffentliche Sitzung, Ö = öffentliche Sitzung

Verhandlungsgegenstand

Glücksspielsuchtprävention - Villa Schöpflin

Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung schlägt vor:

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht und die weitere Planung der Villa Schöpflin - Zentrum für Suchtprävention entgegen und beschließt, die Zusammenarbeit im Bereich der Glücksspielsuchtprävention für drei Jahre hinaus fortzuführen.

Anlagen

Projektbericht Villa Schöpflin 2019
Förderantrag Villa Schöpflin 2020

Interne Prüfung

1. Finanzielle Auswirkungen

1.1 Der Beschlussvorschlag hat unmittelbar finanzielle Auswirkungen

ja, in Höhe von Betrag Euro 10.000 nein

1.2 Der Beschlussvorschlag erzeugt langfristige Folgekosten

ja, in Höhe von jährlich Betrag Euro 10.000 nein

Erläuterung: Es handelt sich um einen jährlich neu gewährten Zuschuss nach Maßgabe der Haushaltssituation.

1.3 Die benötigten Mittel stehen im Haushalts-/Wirtschaftsplan zur Verfügung im laufenden Haushaltsjahr

ja nein

in der mittelfristigen Finanzplanung

ja nein

Unter

Kostenstelle 3140050303 Andere Soziale Einrichtungen

1.4 Beteiligung der Stadtkämmerei

ja nein

Erläuterung:

2. Personelle Auswirkungen

ja nein

Erläuterung

3. Nachhaltigkeits-Check

ja, vergleiche Anlage nicht erforderlich

Erläuterungen

1. Einleitung und Situationsbeschreibung

Der Glücksspielmarkt in Deutschland ist ein Milliardengeschäft. 2018 wurden erstmals mehr als 50 Milliarden € in der Branche umgesetzt. Zum Vergleich: 2014 lag der Umsatz noch bei ca. 40 Milliarden €. Die Tendenz zeigt weiter steil nach oben mit überproportionalem Wachstum des Online-Glücksspiels, aber nach wie vor auch stetigem Wachstum des Offline-Glücksspiels. 62.000 Menschen arbeiteten Ende 2018 direkt bei einem Glücksspielanbieter und 220.000 Menschen galten als indirekt Beschäftigte. Die Glücksspielbranche ist demnach ein bedeutender und einflussreicher Wirtschaftssektor. Zeitgleich schätzte die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen die Zahl der Personen mit problematischem Spielverhalten landesweit auf 326.000 und die Zahl der Personen mit krankhaftem Spielverhalten 180.000.

Auch die Stadt Rheinfelden (Baden) ist mit der Thematik konfrontiert. Das Glücksspielangebot ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Zusammen mit der Erhöhung des Vergnügungssteuersatzes brachte dies der Stadtkasse zwar einen Einnahmezuwachs aus der Vergnügungssteuer von knapp 450.000 € in 2016 auf 1,6 Millionen € in 2018, aber auch soziale Probleme und polizeiliche Ermittlungen z.B. in der Friedrichstraße. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben reagiert. Zum einen wurden ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen. Zum anderen wurde ein Vergnügungsstättenkonzept zur Regulierung und Steuerung des Angebots erarbeitet, das im Entwurfsstatus bereits durch den Gemeinderat angenommen wurde. Schließlich wurde über das Amt für Familie, Jugend und Senioren eine Erweiterung der Kapazitäten der Sozialen Schuldnerberatung finanziert.

2. Zusammenarbeit mit der Villa Schöpflin

Eine weitere Maßnahme des Amtes für Familie, Jugend und Senioren ist die Finanzierung von Glücksspielsuchtpräventionsmaßnahmen. Eine strategische Partnerin auf diesem Gebiet ist die Villa Schöpflin gGmbH – Zentrum für Suchtprävention aus Lörrach. Nachdem die Stadt Rheinfelden (Baden) bereits seit 2009 das Projekt „HaLT – Hart am Limit“ zur Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen der Villa Schöpflin unterstützte, wurde 2017 der Auftrag erteilt, eine Bedarfsanalyse und eine Maßnahmenplanung im Bereich des Jugend- und Spielerschutzes beim Angebot von Geldspielgeräten und Sportwetten vorzunehmen.

Diese mit 3.380 € unterstützte Studie ermittelte dann in der Tat konkrete Bedarfe und definierte geeignete Maßnahmen zum Schutz von Jugendlichen und zur Suchtprävention von Glücksspielern. Daraufhin wurde eine vertiefte Zusammenarbeit für zunächst drei Jahre, 2018-2020, vereinbart. Die jährliche Unterstützung wurde mit 10.000 € pro Jahr beziffert. Während dieser Zeit sollten Schutz- und Präventionsmaßnahmen im Zentrum stehen. Die für diesen Bereich verantwortliche Mitarbeiterin wird in der Sitzung über die Aktivitäten von 2019 berichten und einen Ausblick auf die für 2020 geplanten Maßnahmen geben. Es ist geplant, die sehr bewährte Arbeit über 2020 hinaus im bisher bestehenden Rahmen fortzusetzen und der Sozialausschuss wird hierfür um seine Zustimmung gebeten.